

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 6

Christent. Sonntag.  
Zugangspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 5. Februar 1928

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.  
Fernruf. Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

44. Jahrgang

## Gläserne Taschen!

### Lehren aus der amerikanischen Antitrustgesetzgebung.

Das Kapital vollführt jetzt überall den Schritt von der freien Konkurrenz zur organisierten Wirtschaft. Da kann die Allgemeinheit nicht ruhig zusehen, wenn vor ihren Augen der Prozeß der Organisation der Wirtschaft so fortschreitet, daß einige Große, die sich zu einem Kartell zusammengeschlossen haben, den Markt für eine bestimmte Ware absolut beherrschen, den Preis diktieren und zu anderen Machtmißbräuchen in der Lage sind.

Die deutschen Gewerkschaften, deren Mitglieder als Arbeiter und als Konsumenten von der Aufhebung der freien Konkurrenz stark benachteiligt werden, haben schon oft auf dieses Problem hingewiesen, so Anfang vorigen Jahres ein Programm ausgearbeitet, dessen Durchführung die schlimmsten Machtmißbräuche beseitigen würde. Durch die Gesetzgebung ist jedoch nichts Wesentliches geschehen. Wir haben zwar eine „Verordnung gegen Mißbräuche wirtschaftlicher Machtstellungen“, aber diese hat sich nicht so ausgewirkt, daß ihr irgendwie größere Bedeutung beigemessen werden könnte.

Das ist um so mehr zu beklagen, als andere Länder auf dem Wege gesetzgeberischer Maßnahmen Mustergültiges in dieser Frage geleistet haben. Als besonderes Vorbild werden immer wieder die Vereinigten Staaten von Amerika hingestellt. Das dort schon 1890 angenommene Antitrustgesetz bestimmt, daß jede Vereinbarung über die Beschränkung der Gewerbe- und Handelsfreiheit im Innen- und Außenhandel ungesetlich sei und daß jede Person, die im Innen- oder Außenhandel ein Monopol bildet oder zu bilden versucht, sich strafbar macht. Die Amerikaner verlangen von jedem Trust den Nachweis, daß er keine unfairen Geschäftsmethoden anwendet, daß er die Arbeiter weder in ihrer Funktion als Produzenten, noch in ihrer Funktion als Konsumenten ausbeutet, sie verlangen speziell, daß ein jeder Trust umfangreiches Material über seine Geschäftsmethoden einer Kontrollbehörde unterbreitet, damit so allen die Möglichkeit gegeben wird, sich ein Urteil über die Geschäftsmethoden zu bilden. So wurde etwas in Amerika erreicht, was mit Recht von den deutschen Gewerkschaften den deutschen Unternehmern immer wieder als Muster hingestellt wird: Die großen Firmen unterbreiten der Öffentlichkeit über ihre Geschäfte ein viel aufschlußreicherer Material als die deutschen. Ueber jede große Firma wird vierteljährlich ein so umfangreicher Bericht veröffentlicht, daß sich jeder ein eigenes Urteil darüber bilden kann, ob es für die Unternehmer

tragbar wäre, die Löhne zu erhöhen oder die Preise zu senken.

Die amerikanischen Unternehmer haben gläserne Taschen, so kennzeichnete Hoover einmal den Tatbestand, daß das Geschäftsgeheimnis weitgehend aufgehoben ist. Die Taschen müssen gläsern sein infolge des Antitrustgesetzes, das das Einschreiten gegen jede Firma ermöglicht, die als unfaire Trust bekannt geworden ist. Gegen solche unfaire Trusts ist vielfach eingeschritten worden. Hingewiesen sei auf die in den ersten Jahren des Bestehens des Gesetzes vorgenommene Auflösung der Standard Oil Compagnie und des Tabaktrusts, sowie auf das Verbot des Brottrusts, dessen beabsichtigte Bildung vor einigen Jahren mit Recht die Öffentlichkeit erregte. Dagegen wurde 1920 das von vielen geforderte Vorgehen gegen den Stahltrust abgelehnt, weil die Prüfung der Papiere ergab, daß kein Mißbrauch vorlag.

Dieser Zwang zur Geschäftsführung mit gläsernen Taschen ist der wichtigste Erfolg des Antitrustgesetzes. Alle anderen Einzelheiten spielen eine geringere Rolle. Nur zwei Tatsachen seien erwähnt: Die Exporteure dürfen sich heute in Kartellen und Trusts zusammenschließen, doch nur für den Kampf um den Weltmarkt. Dann sei darauf aufmerksam gemacht, daß versucht wurde, die Gewerkschaften als eine Organisation hinzustellen, die das Monopol für eine bestimmte Ware, nämlich der Arbeitskraft, habe oder anstrebe und deswegen auf Grund des Antitrustgesetzes zu verbotenen sei. Die Gefahr, daß ein von den Gewerkschaften gefordertes Gesetz sich gegen die Gewerkschaften selbst richten würde, war zeitweilig sehr groß, doch wurde schließlich entschieden, daß die Gewerkschaften nicht unter dieses Gesetz fallen. So hat sich also ohne Zweifel das Antitrustgesetz bewährt, denn es hat weitgehend Machtmißbräuche der Kartelle und Trusts gemildert.

Erreicht wurde dies auf dem Wege, den auch die deutschen Gewerkschaften empfohlen haben: Verbot der Machtmißbräuche, Bildung eines Kontrollamtes zur Beobachtung der Geschäftspraxis der großen Firmen und zur eventuellen Durchführung gesetzlicher Maßnahmen. In Norwegen ein Gesetz, daß über jede kartellartige Vereinbarung und über jede Firma, die die Marktlage für irgendeine Ware beherrscht, an eine besondere Kontrollbehörde zu berichten ist und daß diese Behörde sofort einzugreifen hat, wenn irgendein Machtmißbrauch, besonders irgendeine ungerechtfertigte Preisfestsetzung,

vorliegt. In Norwegen ist von vornherein festgesetzt, daß die Gewerkschaften nicht unter dieses Gesetz fallen. Auf dies norwegische und amerikanische Vorbild hinzuweisen, sollten die Gewerkschaften nicht müde werden, wenn sie im Kampfe gegen die Machtmißbräuche der Monopole stehen.

Dr. Wilhelm Grotzopp.

## Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

### Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe. („Apl“-Vertrag.)

Berlin, den 23. Januar 1928. Streitfall 27.

1. Das Tariffchiedsgericht hatte die Firma L. u. H. verurteilt, die Pausen, die bei Heberzeitarbeit gemacht worden waren, in der Weise zu bezahlen, daß nicht nur der Lohn, sondern darüber hinaus der Heberstundenzuschlag auf den Lohn gezahlt wird.

2. Die Arbeitnehmer der Firma L. u. H. hatten nun aber weiter gefordert, daß nicht nur die Pausen bei Heberzeitarbeit an den Wochentagen, sondern daß auch die Pausen an den Sonntagen in der gleichen Weise zu bezahlen seien.

In dieser letzteren Sache war wegen Stimmengleichheit ein Schiedspruch nicht zustande gekommen. Es wurde deshalb von Arbeiterseite das Tarifamt angerufen. Gegen die erste Entscheidung des Schiedsgerichts hatte die Zentralleitung des „Apl“ Berufung erhoben.

Die Parteien verhandeln streitig zur Sache. Nach geheimer Beratung wird folgender

### Schiedspruch

gefällt:

Zu 1: Die Entscheidung des Tariffchiedsgerichts Hamburg wird bestätigt.

Begründung: Gemäß Abschnitt VI Ziffer 35 des Reichstarifvertrages sind bei Heberarbeit von zwei Stunden und mehr, Pausen auf Kosten des Arbeitgebers zu gewähren. Nähere Bestimmungen über die Art der Bezahlung fehlen zwar. Aus der Fassung muß aber bei einer Auslegung nach Treu und Glauben und mit Rücksicht auf die Verkehrssitte gefolgert werden, daß es Vertragswille der Parteien war, die in die Heberzeitarbeit fallenden, im Tarifvertrag vorgesehenen Pausen hinsichtlich der Bezahlung ebenso zu behandeln wie die Heberstunden selbst.

Wenn es Absicht war, für die Bezahlung dieser Pausen den Tariflohn ohne Zuschlag zugrunde zu legen, dann hätte das im Verträge ausdrücklich festgelegt werden müssen.

Zu 2: Der Anspruch auf Bezahlung von Pausen bei Sonntagsarbeit wird als unbegründet zurückgewiesen.

Begründung: Gemäß Abschnitt III Ziff. 13 des Reichstarifvertrages wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt, sofern nicht andere Bestimmungen im Verträge getroffen sind. Eine solche Bestimmung ist die des Abschnittes VI Ziffer 35. Diese Bestimmung gilt aber nur bei Heberzeitarbeit, die über die normale tägliche Arbeitsdauer des Betriebes hinaus geleistet wird. Die Auffassung, daß die Bestimmung auch auf die Sonntagsarbeit anzuwenden ist, findet im Wortlaut des Reichstarif-

vertrages auch bei weitgehender Auslegung keine Stütze.

Es mag zutreffend sein, daß vielfach insbesondere bei Sonntagsarbeit von längerer Dauer auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und der Belegschaft oder einzelnen Gruppen eine Bezahlung dieser Pausen aus Billigkeitsrücksichten erfolgt ist, die Auslegung der zweifelsfreien Fassung des Reichstarifvertrages kann dadurch aber nicht beeinflusst werden.

### Arbeitsmarkt, Konjunktur und Preisentwicklung.

✕. Mit Recht konnte man der Arbeitslosenstatistik des ADGB. von Ende Dezember mit Spannung entgegensehen. Die amtliche Statistik hatte eine empfindliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes zum Ausdruck gebracht. Eine Ergänzung bzw. weitere Erläuterung der amtlichen Angaben durch die Erhebung der Gewerkschaften hat sich schon immer als notwendig erwiesen. Die Arbeitslosenziffern, die die Verbände des ADGB. Ende Dezember feststellen konnten, waren sehr hoch. In den 30 Verbänden waren am Schlusse des Jahres 12,9 Proz. der berichtenden Mitglieder arbeitslos gegen 7,6 Proz. im November und 4,6 Proz. im Oktober.

Die eingetretene Verschärfung der Arbeitslosigkeit dürfte nicht allein saisonmäßig bedingt sein. Von den neu zugeworbenen Arbeitnehmenden bei der Zählung am 15. Dezember waren 426 000 = 86 Proz. aus den Berufen gekommen, deren Beschäftigungsgrad von der Saison beeinflusst war. Ende Dezember hingegen dürften auch solche Gewerbe betroffen sein, deren Beschäftigung mit der Saison weniger zu tun haben. Dennoch darf man sich nicht in Wohlgefallen ergehen, da bekanntlich die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr sozial Möglichkeiten der Arbeitsmarktverschlechterung bieten, daß man sie nicht als besonderen Gradmesser der Konjunktur bezeichnen kann. Beachtenswert zu dieser Frage ist eine Stelle im „Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft“ vom 17. Januar. Wir lesen dort:

„Der Auffassung, daß die bisherige Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt noch nicht als ein Zeichen des Abklingens der Konjunktur zu werten ist, entspricht auch die Tatsache, daß aus der nicht saisonbedingten Produktion Klagen über mangelnde Beschäftigung und rückläufigen Absatz in größerem Ausmaß noch nicht laut geworden sind. Vielmehr hat sich die Höhe der Beschäftigung in den meisten Produktionsgebieten im allgemeinen auf dem in den letzten Wochen erreichten Stand gehalten. So berichtet z. B. die Eisenindustrie über eine weitere gute Beschäftigung, für deren Fortdauer immer noch ein großer Auftragsbestand bürgt, und auch der Auftragszugang ist als befriedigend anzusehen. Zudem ist kürzlich von maßgeblicher Seite besonders hervorgehoben worden, daß in der Eisenindustrie der Höhepunkt der Konjunktur noch nicht erreicht ist und bis zum April Aufträge vorliegen, welche die Werte mit über 100 Proz. ihrer Rohstoffquote beschäftigen. Auch der letzte Bericht des Stahlwerksverbandes weist auf eine für längere Zeit gesicherte Beschäftigung der Werke hin. In ähnlichem Sinne lauten die Nachrichten aus anderen bedeutenden Produktionszweigen, wie beispielsweise der Maschinenindustrie, die in der Mitte des vorigen Monats eine erneute Belebung der Inlandsnachfrage und des Auftragsrücklaufes aufzuweisen hatte und der Textilindustrie, die, wenn auch nicht einseitig, gleichfalls über einen günstigen Auftragszugang berichtet.“

Überblickt man die Preisentwicklung, dann kann man zu der Ueberzeugung kommen, daß die gute Konjunktur von der Sucht

## Die Karneval- und Festartikel-Industrie.

Zu den schlechtestlohnlichsten Gruppen unseres Gewerbes gehört die Karneval- und Festartikel-Industrie. Die wesentlichsten Ursachen dafür dürften darin zu suchen sein, daß für die meisten dieser Arbeiten nur geringe fachtechnische Fertigkeiten notwendig sind und die Industrie sich daher besonders nach entlegenen Provinzorten hingezogen hat und über 40 Proz. der Beschäftigten Heimarbeiterinnen sind. Welche Elendslöhne gerade in diesem Industriezweig noch gezahlt werden, zeigte wieder deutlich die Berliner Heimarbeitsausstellung im Mai 1925, bei der eine ganze Menge solcher Heimarbeiten ausgestellt wurden, bei deren Herstellung die Arbeiterinnen 9, 5, 4 und sogar bis herunter zu 2½ Pf. pro Stunde verdienen. Dabei handelte es sich nicht etwa um alte, halbinvalide Arbeiterinnen, sondern vielfach um solche, die im besten Lebensalter standen. Daß es bei solchen Hungerlöhnen nahezu unmöglich ist, die Betreffenden für die Organisation zu gewinnen, ist durchaus verständlich. Wollen wir diesen unsere Hilfe andeuten lassen, dann müssen wir andere Wege beschreiten. Als einer der erfolgversprechendsten erscheint die Bildung von Fachauschüssen, die bisher leider noch immer nicht in dem nötigen Umfang für unsere Heimarbeiterchaft durchgeführt sind. Auch das Reichsarbeitsministerium hat die Notwendigkeit infolge unseres Hinweises anerkannt und zum 11. November 1927 die interessierten Kreise zu einer Beratung über die Errichtung eines Gesamtfachauschusses für die Karneval- und Festartikel-Industrie Deutschlands eingeladen. Unsere Anregung, diesen Ausschuss für die gesamte papierverarbeitende Industrie zu errichten, fand leider keine Mehrheit. Die überwiegende Meinung bei dieser Aussprache ging dahin, den Gesamtfachauschuss zunächst für die Karneval- und Festartikel-Industrie zu errichten, um erst mit diesen Erfahrungen zu sammeln; jedoch soll die Abgrenzung der Karneval- und Festartikel-Industrie möglichst weit gezogen werden. Später könne, falls es notwendig erscheint, auch für die anderen Zweige der papierverarbeitenden Industrie ein Gesamtfachauschuss errichtet werden.

Vor der definitiven Beschlußfassung hielt man es jedoch für notwendig, daß das Reichsarbeitsministerium durch einen Fragebogen bei den Regierungen und den wirtschaftlichen Vereinigungen feststellt, welche Gebiete in Frage kommen. Die Rundfrage bei unseren Verwaltungen ergab, daß rund 2500 Berufsangehörige dieser Branche ermittelt wurden, unter denen sich 1050, also 42 Proz. Heimarbeiterinnen befanden. Im einzelnen entfielen auf:

	Betriebe	Beschäftigte Fabrik- u. Heimarbeit.	davon Heim- arbeiter
Berlin . . . . .	7	240	59
Breslau . . . . .	1	112	10
Leipzig . . . . .	6	190	113
Zwenkau b. Leipzig . . . . .	3	208	125
Grimma . . . . .	1	1070	490
Leisnig i. Sa. . . . .	1	103	47
Liebertwolkwitz b. Leipzig . . . . .	1	21	4
Amthauptmannschaft Döbeln . . . . .	2	ca. 120	60—80
Nürnberg-Veroldsburg . . . . .	1	ca. 150	—
Laaber b. Regensburg . . . . .	1	—	—
Hargersrohe . . . . .	1	125—150	100
Dresden . . . . .	2	54	18
<b>Zusammen</b>	<b>26</b>	<b>2400</b>	<b>1050</b>

Außerdem werden in Annaberg und in Ronsdorf im Rheinland noch etwa 100 Werkstattarbeiter mit solchen Arbeiten beschäftigt.

Wie rückständig das Denken der Arbeiterchaft dieses Industriezweiges noch ist, beweist u. a. ein Vorkommnis in Breslau, von wo berichtet wurde, daß wohl nur gelegentlich Heimarbeiter beschäftigt werden, dagegen von den im Betrieb Beschäftigten öfter einige von ihnen noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Als dieser Mißstand von uns bekämpft wurde, traten die Betreffenden aus unserem Verbande aus! Man kann also noch immer nicht verstehen, daß der Arbeiter in einer normalen achtstündigen Arbeitszeit genug gearbeitet hat und dafür einen Lohn verlangen kann, der ihn des Zwanges enthebt, nach der aufreibenden Werkstattarbeit noch Heimarbeit mitzunehmen.

Hoffentlich gelingt es recht bald, den Gesamtfachauschuss ins Leben zu rufen, um auch hier dem unverantwortlichen Treiben einiger gewissenloser Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten zu können.

nach Preiserhöhungen erschlagen wurde. In dem bereits erwähnten Wirtschaftsbericht heißt es über die Preistrage:

„Die gegenwärtige Lage gibt erneut Veranlassung, die ausschlaggebende Bedeutung hervorzuheben, welche der Entwicklung des Preisniveaus zukommt. Im vorigen Jahr ist vielfach auf das Beispiel Amerikas hingewiesen worden, wo sich in einer fast jahrelang ununterbrochenen guten Konjunktur ein Rückgang des Preisniveaus vollzogen hat.“

Für Deutschland glaubt man eine solche günstige Entwicklung wie in Amerika von den Auswirkungen der Rationalisierung nicht erwarten zu können. Man stellt es vielmehr als erfreulich hin, daß bei einer Steigerung des volkswirtschaftlichen Umsatzes von zirka 15 Proz. ein stärkeres Ansteigen des Preisniveaus eingetreten ist. Als Ausrede fehlt natürlich nicht der Hinweis auf die hohen Steuern und Soziallasten. Das sind die Punkte, hinter denen man sich immer wieder steckt. Was nun als günstige Anzeichen für eine stabile Wirtschaftsgestaltung noch gelten könnte, wird durch die Erhöhung der Eisenpreise mit Rücksicht auf die Beschäftigung, dieses Attentat zu verhindern, Erfolg

haben werden. Eine genaue Uebersicht über die Entwicklung der Konjunktur wird man erst aus den Berichten vom Monat Januar erwarten können.

### Wanderausstellung handwerklicher Bucheinbände.

Der Bund „Meister der Einbandkunst e. V.“ (Sitz Leipzig) wird in diesem Jahre eine groß angelegte Wanderausstellung handwerklich guter und wohlfeiler Bucheinbände veranstalten, die, von Halle ausgehend, zehn bis zwölf deutsche Städte berühren soll. Neben den Mitgliedern des Bundes werden auch Akademien, Kunstgewerbe- und Buchfachschulen mit ihren besten Arbeiten vertreten sein. Die Ausstellung will den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Erfordernissen der Zeit entsprechend in erster Linie dem handwerklich guten, schönen und wohlfeilen Einband zur Geltung und Wertung verhelfen. Sie hofft damit sowohl Steigerung des Interesses am schönen Handband zu erzielen, wie vor allem wirtschaftliche Belebung des Handwerkes. Sie will davon überzeugen, daß schöpferische, handwerkliche Wertarbeit ein wesentlicher Träger der Kultur ist und trotz steigender Mechanisierung der Herstellung stets bleiben wird. Die Geschäftsstelle der Ausstellungsleitung befindet sich in Halle, Burg Giebichenstein. („Papier-Zeitung.“)



# Die Waffen scharf!

Im Vorjahre konnte der durchschnittliche Wochenlohn des deutschen Arbeiters bei regelmäßiger Arbeitszeit vom Januar bis November 1927 für Gelehrte von 46,40 Mf. auf 49,34 Mf. pro Woche, für Ungelernte von 34,37 Mf. auf 36,91 Mf. erhöht werden. Diese Erhöhung der Arbeiterverdienste ist ein Erfolg der Gewerkschaften, die sich mit aller Kraft dahintergesetzt haben. Das Jahr 1927 war eine Zeit gewerkschaftlicher Aktivität. In welcher Weise sich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder einsetzten, ist aus der Zahl der Arbeitskämpfe zu ersehen:

	Zahl der Streiks u. Aussperrungen	Zahl d. Streikenden u. Aussperrten
1926: 1. Vierteljahr	80	21 421
1926: 2. "	109	11 171
1926: 3. "	100	11 800
1926: 4. "	70	51 229
1927: 1. "	92	132 558
1927: 2. "	271	95 814
1927: 3. "	187	61 454

Die Zahl der Streikenden und Aussperrten betrug nach dieser Aufstellung von Januar bis September 289 826 gegen 44 392 im gleichen Zeitraum 1926. Interessant ist auch die Zahl der verlorenen Arbeitstage bei den Arbeitskämpfen. Sie betrug:

	1926	1927
Im 1. Vierteljahr	557 838	1 041 132
" 2. "	290 754	1 085 674
" 3. "	226 848	1 179 148
	1 075 440	3 305 954

Mehr als drei Millionen Arbeitstage gingen 1927 der deutschen Volkswirtschaft in einem Dreivierteljahr verloren, da die deutsche Arbeiterschaft befreit war, von der guten Konjunktur etwas für sich abzuzweigen. Im den Wochenlohn im Durchschnitt um 3 Mf. zu steigern, war eine derartige Kraftanstrengung von den Gewerkschaften zu leisten!

Diese Aufstellungen zeigen, daß es wieder hart auf hart geht. Zugleich ergibt sich aus ihnen ein lehrreicher Anschauungsunterricht darüber, wie es um das Verhältnis zwischen

Kapital und Arbeit in Deutschland bestellt ist.

## Was wird das Jahr 1928 bringen?

Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um voraussehen zu können, daß das neue Jahr reicher an Kämpfen und Auseinandersetzungen sein wird. Im Frühjahr dieses Jahres laufen eine ganze Reihe Tarifverträge ab. Wichtige Stichtage sind der 31. März und der 30. April. An diesen beiden Tagen müssen zahlreiche Tarifverträge erneuert werden, wie nachstehende Aufstellung zeigt. Es laufen ab:

beteiligten Arbeitern  
am 31. März 72 Verträge mit 2 300 000  
am 30. April 43 Verträge mit 800 000

Diese Zahlen zeigen deutlich, welche Summe von Arbeit in diesem Frühjahr von den Gewerkschaften geleistet werden muß, um die abgelaufenen Tarifverträge zu erneuern.

Aus ihnen geht auch klar hervor, daß eine Stärkung der Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig ist, sollen nicht nur Verschlechterungen abgewehrt, sondern darüber hinaus Erfolge erzielt werden. Jeder Kollege, jede Kollegin sollte deshalb aus den Kämpfen des Jahres 1927 lernen und sich die Verhältnisse im Jahre 1928 klar vor Augen halten. Dann werden sie von selbst wissen, was sie zu tun haben.

Wie notwendig das ist, zeigt folgender Vorgang: Bei den einleitenden Verhandlungen um die Arbeitszeit in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde die angebrochte Stillungsaktion der Schwerindustrie von den Gewerkschaften als Druckmittel bezeichnet. Die Unternehmer befriften das und führten dabei an: „Die Gewerkschaften haben bei jeder Verhandlung mit dem Druckmittel des Streits gedroht, wir haben aber längst empfunden, daß diese Waffe stumpf ist!“

Für alle unsere Kolleginnen und Kollegen sollten diese Worte der Großindustriellen von der Ruhr eine Mahnung sein! **Sorgt dafür, daß unsere Waffen scharf sind, stärkt den Kampffonds!**

## Internationales.

### Vom Internationalen Gewerkschaftsbund.

Der vom 17. bis 20. Januar in Berlin abgehaltene Ausschußsitzung des IGB, wohnten Vertreter folgender Länder bei: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn. Da der Pariser Kongreß des IGB. beschlossen hat, das Mandat der drei stimmberechtigten Vertreter der internationalen Berufsekretariate im Ausschuß erlöschen zu lassen und die Berufsinternationalen in organischer Weise zur Mitarbeit heranzuziehen, waren in den Sitzungen zur Besprechung des Tätigkeitsberichts und des Aktionsprogramms auch Vertreter der Berufsekretariate anwesend, und zwar Bauarbeiter, Beamte, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Friseur, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotelangestellte, Hutarbeiter, keramische Arbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, PTT., Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Lehrer.

Der Sitzung lagen zunächst Reorganisationsfragen zur Behandlung vor. Bezüglich der Frage des Sitzes des IGB., des Vorsitzenden und des Generalsekretärs gab Jouhaux zunächst die Stellungnahme des Vor-

standes bekannt. Nach kurzer allgemeiner Debatte setzte der Ausschuß eine aus den verschiedenen Ländergruppen zusammengesetzte Kommission von sieben Mitgliedern ein, die sofort zusammentrat und in eintägiger Verhandlung die ganze Reorganisationsfrage ausführlich besprach. In dieser Kommission fand sich eine Mehrheit für Berlin als künftigen Sitz des IGB., während sich eine Minderheit für Brüssel ergab. In bezug auf den Generalsekretär schlug die Kommission vor, die Landeszentralen aufzufordern, für diesen Posten innerhalb vier Monaten Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Namen dieser Kandidaten sollen hierauf den Landeszentralen zur Kenntnis gebracht werden, worauf nach weiteren zwei Monaten in einer neuen Ausschußsitzung die definitive Wahl erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Sitz des IGB. in Amsterdam bleiben. Auch die Entscheidung über die Ernennung eines Vorsitzenden soll bis zur nächsten Ausschußsitzung vertagt werden.

Nach einer ausführlichen Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten, beschloß die Konferenz auf Antrag der deutschen Delegation, die Sitzfrage mit den übrigen Punkten auf die nächste Sitzung zu vertagen, und zwar auch deshalb, weil die Vertreter mehrerer Länder kein bestimmtes Mandat hatten und ohne ein solches einem so weittragenden Beschluß nicht zustimmen wollten. Wenn auch zu diesem Punkte kein bestimmter Beschluß gefaßt wurde, dann kann doch festgestellt werden, daß die verschie-

denen Fragen in einer sachlichen und die Interessen aller Länder berücksichtigenden Weise geklärt wurden, so daß die Ausschußmitglieder nach Rücksprache mit ihren Organisationen in der Lage sein werden, auf der nächsten Sitzung einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Bei der Erstattung des vom Vorstand genehmigten Tätigkeitsberichts kam Sassenbach zunächst auf die mit dem britischen Generalrat am 8. November 1927 in London geführten Besprechungen über die Vertretung der britischen Landeszentrale im Vorstand des IGB. zu sprechen, wobei er den freundschaftlichen Charakter der Verhandlungen hervorhob und erklärte, daß man eine baldige und für beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage mit Sicherheit erwarten dürfe.

Zu der vom Pariser Kongreß des IGB. auf Vorschlag der britischen Delegation angenommenen Resolution über den Anschluß weiterer Landeszentralen teilte Sassenbach mit, daß sich der IGB. in letzter Zeit mit einer Reihe nicht angeschlossener Länder in Verbindung gesetzt habe, um die einem Anschluß entgegenstehenden Gründe in Erfahrung zu bringen. Die von verschiedenen Landeszentralen bereits erteilten Antworten (Griechenland, Vereinigte Staaten, Irland, Mexiko, Portugal und Indien) geben zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß es durch weiteren Meinungsaustausch möglich sein wird, zu den gewünschten Resultaten zu kommen.

In Übereinstimmung mit dem von der Konferenz der internationalen Berufsekretariate angenommenen und nachher vom Kongreß bestätigten Beschluß über den Anschluß der Berufsverbände der einzelnen Länder an die entsprechenden Berufsinternationalen hat sich der IGB. mit den Landeszentralen in Verbindung gesetzt und bereits erfreuliche Fortschritte erzielt. Auch in Zukunft wird das Sekretariat dieser grundlegenden Organisationsarbeit besondere Aufmerksamkeit schenken.

Dann sprach Sassenbach eingehend über die vom Sekretariat unternommenen Schritte zur Durchführung der vom Pariser Kongreß gefaßten Beschlüsse über den Achtstundentag, die Wirtschaftslage der Arbeiter usw. In der Debatte über die Frage der Ratifizierung der Achtstundentagkonvention, auf die bei den diesjährigen Maidemonstrationen besonderes Gewicht gelegt werden soll, hob Shaw (Textilarbeiter-Internationale) nachdrücklich hervor, daß es speziell das reaktionäre Verhalten der englischen Regierung sei, das den Ratifizierungsprozeß verzögere. Dieses Land, in dem der Achtstundentag allgemein durchgeführt ist, macht sich mit der dauernden Hinausschiebung der Ratifizierung zum Vorkämpfer der internationalen Reaktion. Nach der Besprechung der technischen und organisatorischen Bedingungen einer Erhebung über die in den einzelnen Ländern effektiv geleistete Arbeitszeit wurde der Tätigkeitsbericht und das Aktionsprogramm für das kommende Jahr einstimmig genehmigt.

Der Besprechung des Verhältnisses des IGB. zum internationalen Arbeitsamt und der auf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung gelangenden Fragen lagen umfangreiche Berichte über das Problem der Mindestlöhne und der Unfallverhütung vor, ferner verschiedene Artikel und Äußerungen bekannter Führer über die Stellungnahme des IGB. zur internationalen Arbeitsorganisation. In einer ausführlichen, mit großem Interesse entgegengenommenen Rede gab Mertens eine bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung der Organisation und Arbeitsweise des internationalen Arbeitsamtes, sowie der internationalen Arbeitskonferenzen. Im Hinblick auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit den in der Arbeitergruppe der Arbeitskonferenzen sitzenden Vertretern von nicht angeschlossenen Organisationen ist es nach seiner Ansicht unmöglich und in hohem Maße unpraktisch und untaktisch, wenn die Delegierten von angeschlossenen Ländern mit gebundener Marschroute in Genf eintreffen. Obwohl es von größtem Nutzen sein kann, wenn sich der IGB. in Vorstand und Ausschuß mehr als bisher mit allen in Genf auftauchenden Fragen be-

schäftigt und demgemäß allgemeine Richtlinien ausarbeitet, sowie auch durch Erhebungen und Berichte die Landeszentralen von den verschiedenen Auffassungen in Kenntnis setzt, ist es im Interesse der Erreichung guter Resultate und im Hinblick auf die in Genf oft wechselnden Konstellationen wichtig, daß die Arbeitergruppe und ihre Leitung in Genf die nötige Bewegungsfreiheit haben.

Die Ausschußmitglieder schlossen sich dieser Auffassung an. Die vom IGB. in diesem Sinne bereits unternommenen Schritte wurden als zweckmäßig bezeichnet, besonders auch deshalb, da dabei ein ernsthaftes Durchdringen des Stoffes und eine straffere Arbeit in Genuß Hand geht mit der weitestgehend taktischen Selbständigkeit der dem IGB. angehörenden Mitglieder der Arbeitergruppe.

In diesem Zusammenhang setzten sich die Genossen Hueber und Shaw energisch für die Einführung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache im internationalen Arbeitsamt ein, wobei Shaw unter anderem hervorhob, daß es vor allem Aufgabe der nicht deutschen Vertreter sei, auf die Beseitigung des jetzigen unhaltbaren Zustandes hinzuwirken.

Nach einigen geringfügigen redaktionellen Änderungen wurden die vom Pariser Kongreß aufgestellten neuen Satzungen des IGB. endgültig gutgeheißen.

Zum Schluß genehmigte der Ausschuß die Anschlußgesuche des Arbeiterverbandes von Südwestafrika und des estnischen Gewerkschaftsbundes. Wegen der vorgerückten Zeit wurden die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, betreffend die von der Internationale der Privatangestellten beantragte Wahl von Vertretern der Angestellten und Beamten in alle leitenden Körperschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung, sowie die Verwendung der nach Abschluß einer internationalen Hilfsaktion eirlaufenden Beiträge bis zur nächsten, in sechs Monaten in Amsterdam stattfindenden Ausschußsitzung vertagt.

## Die Staatsbibliothek in Wien.

(Schluß.)

Man stieg nun in das unterirdische, nur von einem einzigen halbrunden Fenster erleuchtete Gewölbe hinab, wo der von allen Gelehrten so betrauerte Corvinische Bücherschatz ruhte. Der Anblick war geradezu trostlos; nicht allein, daß sich nur etwa 400 Bände vorfanden, so lagen diese auch noch auf einem Haufen auf dem Boden, von Schmutz und Staub stark bedeckt. Die Enttäuschung wuchs noch, als Lamberd mehrere der aus dem Haufen herausgezogenen Bücher als literarisch wertlos erkannte. Immerhin wurde von der Erlaubnis der Türken, drei Bände als Geschenk mitnehmen zu dürfen, Gebrauch gemacht. So mußte diese mit so großem Aufwande nach Wien unternommene Reise als mißglückt gelten.

Einen wertvollen Zuwachs erhielt die Hofbibliothek auch durch den im Jahre 1667 erfolgten Ankauf der Lambek'schen Bibliothek selbst, deren 3000 meist zierliche Bände von Hamburg nach Wien übergeführt wurden. Lambek hatte auf seinen langen Reisen durch Frankreich, Italien und Deutschland eine kostbare Bücherammlung zusammengebracht, darunter 200 seltene griechische, lateinische und deutsche Handschriften. Der Ankauf für die Kaiserliche Bibliothek erfolgte zu 2300 Gulden. Im Jahre 1671 wurden von dem damaligen kaiserlichen Residenten bei der Republik Venedig 21 sehr seltene griechische Handschriften zum Preise von 950 rheinischen Gulden für die Hofbibliothek erworben, die mit den ersten Rang unter den griechischen Handschriften einnehmen. Eine weitere wertvolle Erwerbung unter Mauchter war der Ankauf der mit seltenen Werken ausgestatteten Bibliothek des spanischen Marquis v. Cabrega. Die aus 2498 Bänden bestehende Bibliothek, meist seltene spanische Werke, wurde im August des erwähnten Jahres übergeführt. Ein Jahr später, 1675, wurde gleichfalls in Madrid die erste und höchst seltene polyglottische Bibel des berühmten spanischen Kardinals Alonso de Cisneros erworben, ein Werk in sechs Folioebänden, die in den Jahren 1514 bis 1517 von Arnold Wilhelm de Brocaro gedruckt worden waren.

Im Jahre 1677 brachte der Hofbibliothekar Lambek für 290 Dukaten mehrere seltene persische Handschriften in den Besitz der Hofbibliothek. Die Handschriften sind mit interessanten Malereien versehen. Die Schrift ist von einer auffallenden Zierlichkeit. Der Ankauf wurde in Konstantinopel vollzogen, wohin sie einst vom persischen Hof an gelangt waren. Daselbst brachte der Wiener Hofbibliothek einen der kostbarsten Schätze. Der Herzog Johann Georg von Sachsen-Eisenach überfandte nämlich als Geschenk einen mesitanischen Kodex, der auf 65 mit hieroglyphischen Figuren bemalten Blättern die Annalen Mexikos enthält. Das Werk besitzt heute unerschätzbaren Wert. Im April 1680 starb der für die Entdeckung der Wiener Hofbibliothek so verdienstvolle Peter Lambek; noch heute besitzt die Bibliothek 79 vertraute Briefe Leopolds I. an Lambek, die ein beherdes Zeugnis von dessen Genuß für seinen Hofbibliothekar ablegen. Joseph I. vermochte infolge der dauernden Kriege der Hofbibliothek keine Aufmerksamkeit zu schenken, erst sein Nachfolger, Karl VI., wurde für die Hofbibliothek wieder bedeutungsvoll. Er legte für die Vermehrung der Bücherschätze seiner Bibliothek großen Eifer an den Tag. Im Jahre 1720

## Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 6. Wochenbeitrag für 1928 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

wurde auf seine Veranlassung die kostbare Bücherammlung des Freiherrn von Hohenhof, Oberst der Savonischen Dragoner und Generaladjutant des berühmten Prinzen Eugen, für 6000 Gulden angekauft. Diese 7093 Bände zählende Bücherammlung, die sich in den Niederlanden befand, enthielt viele wissenschaftliche Werte, die mit eigenhändigen Randbemerkungen berühmter Gelehrter damaliger Zeit versehen waren. Karl VI. ließ auch mehrfach die Klöster nach Handschriften durchsuchen, so die in Neapel, das damals der Herrschaft Oesterreichs unterstand. Die Mönche eilten, die seltensten Handschriften zu überbringen, wofür man allerdings Privilegien irgendwelcher Art einzutauschen hoffte. Die Klöster Neapels ergaben hier eine reiche Ernte, besonders in griechischen und lateinischen Handschriften. Auf diese Weise wurde eine aus dem 8. Jahrhundert stammende Handschrift des Lukas- und Markus-Evangeliums erworben, die auf purpurfarbener Papier mit goldenen Quadratschriftzeichen geschrieben war. Ferner stammen dorther ein im Jahre 1000 auf Pergament geschriebenes Altes und Neues Testament; Torquato Tasso's eigenhändiger erster Entwurf seines berühmten Gedichtes „Das befreite Jerusalem“, vom zweiten Gesange bis zu Ende, mit vielen vom Dichter vorgenommenen Verbesserungen; eine auf Pergament geschriebene Virgil-Handschrift, dem 11. Jahrhundert angehörend, weiter ein Koran in 19 Lederbändchen, in arabischer Sprache mit kufischer Schrift geschrieben, von unbestimmbarem, aber sehr hohem Alter.

Karl VI. machte sich um seine Bibliothek noch dadurch verdient, daß auf seinen Befehl ein prächtiges neues Bibliotheksgebäude errichtet wurde. Eine der forgiartigsten Bereicherungen, die die Wiener Hofbibliothek je erfahren hat, war der von demselben Habsburger vollzogene Ankauf der Bücher- und Kupferstichsammlung des berühmten Prinzen Eugen von Savoyen. Diese 15000 Bände starke, in roten und blauen Marquinen mit Goldschnitt gebundene Bibliothek galt damals als eine der berühmtesten Europas. Prinz Eugen war nicht nur ein Feldherr, sondern auch ein Förderer der Wissenschaften und Künste. Nach dem im Jahre 1737 plötzlich erfolgten Tode des Prinzen Eugen kaufte der Kaiser die Bibliothek von der Erbin gegen eine lebenslänglich zu zahlende Jahresrente von 10000 Gulden. Mit dieser Bücherammlung wurde auch eines der ältesten Kartenwerke, die aus dem 4. Jahrhundert stammende

berühmte Peutinger'sche Karte, erworben, ein unerschätzbare geographisches Dokument.

Auch die Tochter Karls VI., Maria Theresia, schenkte der Wiener Hofbibliothek jegliche Förderung. Im Jahre 1741 mußten vorübergehend die kostbaren Bücherschätze wegen drohender Feindesgefahr nach Komorn in Ungarn gebracht werden, im Februar 1742 wurden die Bücher jedoch wieder nach Wien zurückgebracht. Im Jahre 1769 ließ sie den aus 10000 Landarten bestehenden Atlas des Freiherrn von Stosch in Hamburg für 12500 Gulden antaufen. Kurz vor dem Tode Maria Theresias kam es noch zur Erwerbung der Wiener Stadtbibliothek, die unter 5037 Bänden 351 wertvolle Intunabeln aufzuweisen hatte.

Mit dem im Jahre 1780 erfolgten Regierungsantritt Josephs II. sah sich die Hofbibliothek für ihre Interessen einem Spardertändigen gegenüber. Pflöge auch Joseph II. Sparham zu sein, so unterstützte er doch die Wissenschaften und Künste mehr als reichlich. Wiederholt entsandte er Kommissionäre nach Brüssel und Paris zu den dortigen berühmten Bücheraktionen, wo manche wertvolle Erwerbungen gemacht wurde. So besonders die Bücherankäufe aus der Versteigerung der Bibliothek des Herzogs von Vallerie, der ein hervorragender Sammler von Intunabeln war. Auch einige Gutenbergdrucke kamen unter Joseph II. zur Erwerbung. Dann floßen der Hofbibliothek zahlreiche Werte durch die Aufhebung der Klöster in Tirol, Krain und Steiermark zu. Interessant ist, daß die Unterhaltungskosten der Hofbibliothek lange Zeit aus einem Pachtzins der Wiener Zeitung bestritten wurden, die diese für ein Monopol zu zahlen hatte. Im Jahre 1800 hatte sie beispielsweise jährlich 6000 Gulden zu zahlen, womit ein großer Teil der Unterhaltungskosten gedeckt wurde.

Es begann jetzt die trügerlich unruhige Zeit der napoleonischen Aera. In Venedig hatten französische Kommissionäre auf Grund der Waffengewalt die dortige kostbare Bibliothek von der San Marco entführt, vorher war es jedoch der österreichischen Regierung gelungen, zahlreiche im Werte unerschätzbare Erstdrucke der alten Klassiker für die Wiener Hofbibliothek zu retten. Im 1800 herum wurde der Bücherbestand der Hofbibliothek auf 250000 Bände geschätzt. Im Oktober 1805 wurden infolge Anrückens des französischen Heeres die kostbarsten Bücher eingepackt und auf der Donau nach Ungarn verschifft. Dennoch ließen sich nicht alle Kostbarkeiten in Sicherheit bringen; bei der zweiten Besetzung Wiens ließ der Generaldirektor der französischen Museen, Demón, eine Aussonderung derjenigen kostbaren Bücherschätze in der Wiener Hofbibliothek vornehmen, die nach Paris entführt werden sollten. Trotz aller österreichischen Proteste wurden auf diese Weise fast alle erreichbaren wertvollen Bücher geraubt, wie 60 griechische und lateinische Handschriften, fast alle orientalischen Handschriften, zahlreiche altdenkmäler, französische und italienische Handschriften; ähnlich erging es der Kupferstichsammlung. Im November 1810 machte der Marquis Rangone dem Kaiser Franz seine wertvolle Handschriftenammlung zum Geschenk, die dieser der Hofbibliothek überwies. Es handelte sich hauptsächlich um Gesandtschaftsberichte aus dem 15. und 16. Jahrhundert, in dieser Beziehung schätzenswerte Dokumente für die Geschichte jener Zeiten. Nachdem die Herrschaft Napoleons gebrochen, gelangten im Jahre 1814 alle die seinerzeit geraubten Bücher und Kunstschatze nach Wien wieder zurück. Uebrigens erwies sich Kaiser Franz in jeder Beziehung als ein Förderer der Hofbibliothek, wie die wiederhalten erhöhten Jahresdotationen beweisen. Im Jahre 1808 wurde die Bestimmung der Lieferung eines Pflichtexemplars erneuert, in welcher Form sie heute noch besteht. Im Jahre 1832 kam die wertvolle Bibliothek des Dichters Ludwig Tieck in den Besitz der Wiener Hofbibliothek.

Damit hätten wir die geschichtliche Entwicklung der Wiener Staatsbibliothek in großen Zügen gekennzeichnet; eine der letzten Zeit angehörende nennenswerte Erwerbung betraf die kostbare Papyrusammlung des Erzherzogs Rainer, die dieser der Bibliothek zum Geschenk machte. Der Bücherbestand dürfte heute etwa 800000 Bände erreicht haben, darunter 7000 Intunabeln, 24000 Handschriften und 300000 Blatt Kupferstiche. — Die Wiener Staatsbibliothek nimmt mit ihren reichen literarischen und wissenschaftlichen Schätzen eine sehr geachtete Stellung unter den großen europäischen Staatsbibliotheken ein. Dr. P. Martell.



# UNSERE JUGEND

## Neues Jugendlied.

Wir sind der Frühling der neuen Saat,  
die Vorbereitung zu frischer Tat!  
In uns ist Knospen und Blühenluft,  
Erwartungseligkeit sprengt uns die Brust.  
Der Jugend Sehnen, in uns wird's Lied,  
wenn es aus fröhlichen Augen erglüh't.  
Wenn uns're Fahnen im Winde weh'n,  
wenn wir uns lustig im Kreise dreh'n.  
Wenn wir verkünden, was uns bewegt,  
wenn wir verraten, was uns erregt.  
In uns'rem Blute drängt lenzhafte Glüh'n,  
wir wollen werden, wir wollen blüh'n.  
Wir sind der Frühling der neuen Saat,  
die Vorbereitung zu frischer Tat!

Julius Zerfas

## Die große Frage!

Ist der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag oder ein Erziehungsvertrag?

Die Vereinigungen des Handwerks wehren sich mit allen Mitteln dagegen, daß der Lehrvertrag als ein Arbeitsvertrag anerkannt wird und tariflich geregelt werden kann. Die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung sollen nach wie vor Gültigkeit und den Vorrang haben. Der „Vorwärts“ veröffentlichte vor einiger Zeit ein vertrauliches Rundschreiben des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages, in dem unter Hinweis auf die Regelung einiger Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Reichstarifvertrag für das Baugewerbe eine höchst-richterliche Entscheidung zu dieser Frage angeregt wurde. Daran wurden einige kritische Bemerkungen geknüpft, worauf die „Handwerks-Zeitung“ in ihrer Nr. 46 mit folgenden Feststellungen bezüglich des Verhältnisses der Lehrverträge in Verbindung mit dem Tarifrecht antwortet:

„1. Bei der Herbeiführung einer Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Einbeziehung der Lehrlingsbestimmungen in den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe handelt es sich keineswegs um einen künstlich herbeigeführten Streitfall. Der Kammertag betrachtet es vielmehr als seine Pflicht, wenn aus Kreisen des Handwerks die Anregung an ihn herangebracht wird, endlich Klarheit zu schaffen und die Möglichkeit des Arbeitsgerichts-gesetzes auszuschöpfen, solche Anregungen zumindest zur Entscheidung seines Vorstandes zu bringen.“

2. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag hat in aller Öffentlichkeit und mit guten Gründen die Auffassung vertreten, daß der Lehrvertrag kein Arbeitsvertrag, sondern ein Erziehungsvertrag ist, der dem besonderen Recht der Gewerbeordnung unterliegt und dem Wirtschaftskampfe der Tarifparteien ferngehalten werden muß. Die Rechtfertigung ist in sehr vielen Fällen dieser Anschauung gefolgt.

3. Es wird anerkannt, daß im Interesse des gewerblichen Nachwuchses die Regelung des Lehrlingswesens der gemeinsamen Beeinflussung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterstellt werden muß. Aber nicht die Tarifgemeinschaft ist die Stelle, durch welche das Lehrlingswesen gemeinschaftlich zu regeln ist. Der Lehrvertrag gehört vielmehr dem berufständlichen Recht an, so daß das Berufsstandrecht die Möglichkeit der Gemeinschaftsarbeit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer am Lehrlingswesen schaffen muß.

4. Schließlich muß es das gute Recht des selbständigen Handwerks bleiben, die Klarstellung auf dem Wege vorzunehmen, den das geltende Recht bietet. Nur diesem Zweck diene auch das Rundschreiben des Kammertages.“

Also auch von der Spitzenorganisation des Handwerks wird anerkannt, daß die Regelung des Lehrlingswesens „der gemeinsamen Beeinflussung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterstellt werden muß“. Nicht aber die Tarifgemeinschaft soll hierfür die gegebene Stelle sein, sondern der Lehrvertrag gehöre dem berufständlichen Recht an. Ein Fortschritt bezüglich des Näherkommens der Auffassungen der Gewerkschaften und der Handwerksverbände ist also nicht festzustellen. Dennoch wird es Zeit, daß einmal eine endgültige Regelung erfolgt. Natürlich nicht im Sinne der künstlerischen Auffassungen von vor 300 Jahren, sondern im Sinne der neuzeitlichen Verhältnisse des Tarifrechts.

## Kostgeld der Lehrlinge im Gau Thüringen.

Eine Umfrage im Gau Thüringen nach den Kostgeldsätzen der Lehrlinge brachte das Ergebnis, daß in den überwiegenden Fällen solche von 2 bis 5 Mark bezahlt werden. Ende November stellte der Gauvorstand an den Obermeister der Buchbinder-Innung in Weimar das Verlangen, die Kostgeldsätze der Lehrlinge zu erhöhen. Dieses Verlangen war um so berechtigter, als tatsächlich diese Bezüge in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stehen, die die Eltern machen müssen. Andererseits zeigt es sich jedoch auch, wie notwendig es ist, daß sich der Verband mit dieser Frage auch in der Zukunft energisch beschäftigt. Die Weimarer Buchbindermeister zahlen ihren Lehrlingen im 1. Jahr 2 Mark, im 2. Jahr 3 Mark, im 3. Jahr 4 Mark und nach dem 3. Jahr 4,50 Mark. Außerdem stellen wir fest, daß in zwei Betrieben mehr gezahlt wird. Wie kann man es nur wagen, einem Lehrling ein solches Kostgeld anzubieten, wo wir doch schon vor 40 Jahren 3, 5, 6 und 8 Mark erhalten haben.

Mit unserem Verlangen beschäftigte sich die Innungsversammlung zum erstenmal am 2. Dezember. Obwohl dort ein Meister die gezielten Sätze tatsächlich als — Trintgeld bezeichnete, kamen die Herren an diesem Tage doch zu keinem Resultat. In einer weiteren Innungsversammlung am 6. Januar stand die Frage erneut zur Debatte. Einer der Weimarer Buchbindermeister, dem die Behandlung der ganzen Frage offensichtlich unangenehm war, meinte, daß die Lehrlinge überhaupt nichts bekommen sollten, da sie zuviel verderben und deshalb die Meister noch eine Entschädigung haben müßten. Ein so rückständiger und dabei so unwahrer Standpunkt war einem Buchbindermeister aus Weimars Umgebung doch zu dumm. Er hat seinen Herren Kollegen den Star gestochen und ihnen ordentlich die Meinung gesagt. Wenn ein Meister einen Lehrling in Kost und Logis hat, dann muß er dafür mindestens 15 Mark berechnen. Es kam allerdings noch nicht zu einem regelrechten Beschluß, doch die Innungsversammlung empfahl, im 1. Jahr 3 Mark, im 2. Jahr 5 Mark und im 3. Jahr 8 Mark zu zahlen. Von wann an diese Sätze zu zahlen sind, wurde nicht gesagt. Dabei wurde vom Vorsitzenden betont, daß diese Erhöhung der Lehrlingsbezahlung nicht etwa auf das Verlangen des Verbandes zurückzuführen sei, sondern daß sie aus eigenem Ermessen der Meister erfolge. Der Innungs-obermeister, Herr Berlich-Weimar, stimmt sich mit aller Gewalt gegen den Einfluß, den der Verband hat und ausübt. Vergeblich, auch er entgeht ihm nicht!

Die Lehrlinge sind zum größten Teil schon Mitglieder unseres Verbandes. Wir dürfen trotzdem nicht ruhen, bis alle in unserer Reihe stehen, denn dann sind wir um so leichter in der Lage, eine menschenwürdige Bezahlung durchzusetzen, die so dringend notwendig ist.

W. M.

## Jugendarbeit in Neutlingen.

Es ist leider Tatsache, daß die gewerkschaftliche Jugendbewegung noch in den Kinderschuhen steckt. In vielen Fällen schiebt man die Schuld auf die Jugendleiter, wenn keine Erfolge erzielt werden. Aber nicht immer ist der Jugendleiter daran schuld, sondern das größte Uebel besteht darin, daß die große Masse der organisierten Arbeiterschaft den Bestrebungen zur Heranziehung der Jugend für die Gewerkschaften gleichgültig gegenübersteht. Wenn in Versammlungen von dieser Sache gesprochen wird, dann glaubt jeder, es gehe den anderen an und die anderen werden es schon machen. Damit ist für sie die Sache erledigt. In den Betrieben hält man es sehr oft unter seiner Würde, glaubt an Autorität zu verlieren, wenn man sich mit dem Lehrling anders als im Kasernenhofen unterhält. Gegen diese Vorurteile müssen wir in erster Linie ankämpfen, wollen wir in der Jugendbewegung vorwärtstommen.

Ein anderer Hemmschuh ist die oft kleine Zahl der vorhandenen Jugendlichen in den einzelnen Betrieben. Dadurch unterbleibt jedenfalls in den meisten Orten die Bildung einer Jugendabteilung. In Neutlingen haben wir 16 Lehrlinge, organisiert sind davon 14. Von diesen sind jedoch nicht weniger als 9 von auswärtig. Mit dem Rest können wir selbstverständlich keine Versammlungen abhalten. Wir haben uns nun dadurch geholfen, daß wir ein freigewerkschaftliches Jugendkartell gegründet haben, da auch die Jugendgruppen der anderen Verbände mit Ausnahme der Buchdruckerjugend nicht auf eigene Versammlungen abhalten konnten. Dem Kartell gehören an die Jugendgruppen der Buchbinder, Buchdrucker, Textilarbeiter, Metallarbeiter, des Freien Turn- und Sportvereins, des Schwimmbundes und der Naturfreunde. Durch diese Vereinigung können wir gut besuchte Veranstaltungen abhalten und haben schon gute Erfolge erzielt. Einige jüngere Meister von der Stadtkapelle Neutlingen haben sich uneigennützig zur Verfügung gestellt. Wir können dadurch unser Hauptvermittlungsmittel auf die Abhaltung von künstlerisch hochstehenden Musikvorträgen legen.

Wir haben seit einigen Jahren im Winterhalbjahr allmonatlich einmal an Sonntagen Jugendmorgensfeiern von 11 bis 12 abgehalten, die durch Musikstücke und Rezitationen ausgeschmückt wurden. In einer kurzen Begrüßungsansprache wird jeweils vom Jugendleiter einbrudersvoll auf den Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker hingewiesen. Am Jahresmorgen hat die letzte dieser Morgensfeiern stattgefunden. Zum Vortrag gebracht wurde von einem Doppelquartett der Stadtkapelle Neutlingen die Overtüre zur Oper „Raymond“ von Thomas, die „Serenade“ von Rivelli, das Violinolo „La Serenata“ von Braga, das Celloolo „Schlummer-Arie“ von Auber, vom Streichquartett „Volksliedchen und Märchen“ von Komzot, das Klavierolo „Die Spieluhr“ von Blaauw und die Phantastie über die Oper „Madame Butterfly“ von Puccini. Besuch war die Feier von 120 Jugendlichen. Der Eintritt ist vollständig frei und ohne Restauration.

Daß neben diesen künstlerischen Feiern auch die Erziehung zur Gewerkschaftsarbeit nicht mitleidet, beweist die Abhaltung eines Kurses, der sich über das ganze Winterhalbjahr erstreckt und Jugendschutz, Lehrvertrag, Arbeitsvertrag, Tarifvertrag, Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichts-gesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz usw. behandelt. Der Kursus weist einen guten Besuch auf, es konnte jetzt nach sechs Abenden noch kein Nachlassen der Besuchszahl festgestellt werden.

Am 15. Januar fand eine gemeinsame Beschäftigung des Gewerkschaftes statt. In den nächsten Wochen kommen Spielabende zur Einführung. Die Anschaffung eines Radio- und Lichtbildapparates ist vorgesehen. Mit der Ausgabe und Verteilung von Freilarten zu den einzelnen Veranstaltungen — trotzdem kein Eintritt erhoben wird — haben wir ebenfalls einen guten Erfolg erzielt, denn hierdurch wird das Interesse geweckt. Wenn uns einmal kleinere Kosten bei unseren Veranstaltungen entstehen, dann werden diese von der Gewerkschaftsstufe bestritten. Wir hoffen, dieses Jahr noch größere Erfolge wie im letzten Jahre erzielen zu können.

## Ausstellung von Lehrlingsarbeiten in München.

Das Jugendkartell des ADGB in München arrangierte auch in diesem Jahr wieder eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, die in ihrer besonderen Aufmachung gegenüber dem Vorjahr einen Schritt vorwärts darstellte. Die Ausstellung fand in der Zeit vom 1. bis 8. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Sie hatte eine beachtenswerte Besucherzahl. An der Ausstellung beteiligten sich die Jugendabteilungen folgender Verbände: Bekleidungsarbeiter, **Buchbinder**, Buchdrucker, Friseur, Holzarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Tapezierer und Zimmerer.

Die Ausstellung wurde am Neujahrstag durch den Vorsitzenden des ADGB, Kollegen Schiefer, eröffnet,

die in ihrer Ausführung von jedem Fachmann als einwandfrei beurteilt werden müssen. Die gesamten Ausstellungsstücke dürfen unter Berücksichtigung des Lehrjahres als erfreuliche Zeichen dafür gewertet werden, daß unser Berufsnachwuchs wieder zu besseren Hoffnungen berechtigt. Wenn man noch vor wenigen Jahren die bedauerliche Tatsache feststellen mußte, daß unser Berufsnachwuchs — im Durchschnitt gesehen — beruflich nicht so vorgebildet war, daß man damit zufrieden sein konnte, dann kann heute ein Wandel zum Besseren festgestellt werden.

An der Arbeit eines Lehrlings erkennt man im allgemeinen auch die beruflichen Kenntnisse des Meisters und inwieweit sich der Meister be-



wobei dieser in seiner Ansprache Sinn und Zweck der Ausstellung darlegte, dabei besonders betonend, daß der Öffentlichkeit gezeigt werden soll, wie die Gewerkschaften eine beachtliche Fürsorge der Heranbildung der Jugend auf beruflichem Gebiet angedeihen lassen. Die Jugend wetteifern zu lassen in ihrem beruflichen Streben und Können, um dadurch zu einem brauchbaren Berufsnachwuchs zu kommen, soll der Hauptzweck sein. Es soll aber auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Jugendabteilungen der Gewerkschaften praktische Erziehungsarbeit leisten. Der Jugend die dieser zukommende Beachtung zu schenken, liegt im Interesse der Gewerkschaften und der Wirtschaft. Die Berufsjugend rechtzeitig den Jugendabteilungen zuzuführen, sei darum Pflicht aller Gewerkschafter.

Unsere Lehrlingsabteilung konnte sich wieder an der Ausstellung in beachtenswerter Weise beteiligen, sie war in der Lage, rund 50 Ausstellungsstücke darzustellen. Angefangen vom Halbleinenband, über Edelpappband, Halbleder, Halbfranzband, bis zum Ganzleiderband mit Goldschnitt und Handvergoldung, bot die Ausstellung ein erfreuliches Bild von Fleiß und großer Geschicklichkeit unserer Berufsjugend. Ohne Ueberhebung kann vermerkt werden, daß sehr beachtenswerte Einbände zur Schau kamen,

nüßte, seiner Pflicht dem Lehrling gegenüber nachzukommen, damit aus dem jungen Mann ein brauchbarer Gehilfe wird. Die allgemein verbreitete Ansicht, daß in der Regel nur diejenigen Lehrlinge, die in Kleinbetrieben lernen, eine erfolgreiche Anleitung erhalten, ist nicht stichhaltig. Obgleich unter den Ausstellungsarbeiten sehr beachtliche Einbände von Lehrlingen aus Kleinbetrieben vorhanden waren, können wir auch feststellen, daß z. B. Lehrlinge des Großbetriebes Grimm u. Bleicher ihre Arbeiten in mustergültiger Weise herstellten, ein Beweis dafür, daß überall dort, wo man sich um die Berufsausbildung der Lehrlinge tatsächlich kümmert, auch eine gute berufliche Ausbildung möglich ist.

Um dem Laien einen besseren Einblick in unser Gewerbe zu bieten, haben wir den Werdegang eines Bucheinbandes, beginnend mit dem gefaltten Bogen bis zum fertigen Halbfranzband, dargestellt. Der beabsichtigte Zweck ist voll erreicht worden. Die einzelnen Berufsgruppen haben durch berufskundliche Vorträge den Interessenten Gelegenheit geboten, in den Beruf eingeführt zu werden.

Unsere Lehrlinge und besonders auch allen jenen, die es diesen ermöglicht haben, Ausstellungsstücke zu liefern, auch an dieser Stelle den Dank für ihre Unterstützung.

A. M. M.

## Von der Schulbank ins Erwerbsleben.

Nicht wahr, Sie erinnern sich noch daran, wie Sie die Schule verließen und als Lehrling oder Lehrlingmädchen ins Erwerbsleben eintraten? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir von Ihren Erlebnissen bei diesem wichtigen Ereignis erzählten. Ich möchte solche Schilderungen sammeln und wissenschaftlich bearbeiten, damit Berufsschullehrer und Lehrmeister, Jugendpfleger und Jugendrichter, Berufsberater und Sozialpolitiker unsere jugendlichen besser verstehen lernen. Es kommt mir besonders darauf an, von Ihren Stimmungen und Gefühlen in den letzten Wochen vor der Schulentlassung und in den ersten Monaten danach zu erfahren. Wie wirkte die neue Umgebung und Ihre Arbeit auf Sie? War alles so, wie Sie es erwartet hatten? Wie verhielten sich Kollegen und Borgesezte zu Ihnen? Wie fühlten Sie sich morgens vor der Arbeit und abends nach Arbeitschluß? Welchen Eindruck machte der erste selbstverdiente Lohn auf Sie?

Ueber diese oder ähnliche Fragen werden Sie sicher manches aus Ihrer Erinnerung niederschreiben können. Tun Sie es, bitte, und Sie erweisen unserer Jugend einen Dienst damit! Natürlich ist es sehr wichtig, daß Sie nichts besser oder schlechter machen. Schildern Sie alles möglichst so, wie es gewesen ist, und fügen Sie bitte auch Ihr jetziges Alter hinzu. Einbringungstermin: 1. März 1928. Auslagen werden auf Wunsch vergütet. Ueber das Ergebnis werden die Einkäufer nach Bearbeitung der eingegangenen Schilderungen Bericht erhalten.

Dr. Helmut von Bracken, Frankfurt a. M.,  
Gärtnerweg 52.

Anmerkung der Schriftleitung. Wir bitten unsere Leser, den Aufruf des Kollegen von Bracken in weitgehendem Maße zu unterstützen. Kollege von Bracken ist Schriftleiter des Organs der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer, des „Volkslehrer“. Er hat sich durch sein Buch „Die Prügelstraße in der Erziehung“ (Verlag Am anderen Ufer, Dresden-Buchholz. Preis 4 M.) sehr verdient gemacht.

## Freiheits- und Arbeiterliederbuch.

Ein brauchbares Arbeiterliederbuch hat uns schon lange gefehlt. Jetzt hat uns ein Praktikant über 100 Liedertexte zusammengestellt. Von den heute noch langbaren und gelungenen älteren bis zu den neuesten Liedern, die in unseren Tagen entstanden, finden wir alle brauchbaren hier beisammen. Die Freiheitslieder der Bauern aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolutionen des Bürgerturns im 18. und 19. Jahrhundert, die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterklasse der Vorkriegszeit in Europa und auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiterklasse anderer Länder, aber auch unsere eigenen — die entstanden sind nach dem Umsturz — sind beinahe lückenlos abgedruckt. Darüber hinaus enthält das Liederbuch noch „Berufs- und Handwerkerlieder“ und „Turner- und Burschenschaftslieder“. Diese Textsammlung dürfte damit allen Ansprüchen genügen.

Das Buch ist zusammengestellt von Augusti Abrecht, es erscheint im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Es ist 64 Seiten stark, kostet kartoniert 40 Pf., und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter.**



**Berichte.**

**Bochum.** Hier fand am 22. Januar eine vom Graphischen Zentralverband einberufene Buchbinder-versammlung statt. Die Eigenart der Einladung veranlaßte unsere Ortsverwaltung, sich an dieser Versammlung zu beteiligen und auch den Kollegen Groenhoff dazu einzuladen. Es hieß in der Einladung, daß auch die Mitglieder des sozialistischen Verbandes, die zu uns gehören, eingeladen würden. Herr Kumbüßler-Dortmund vom Graphischen Zentralverband sprach über: „Warum Graphischer Zentralverband?“ Er holte recht weit aus und ging auf die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1848 unter Leitung von Stefan Born, der als Buchdrucker Mitglied des Graphischen Gewerbes war, ein. Im weiteren Verlauf gab er noch eine geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, erwähnte das Sozialistengesetz, das die Gewerkschaften glücklicherweise überwinden hätten und kam dann ziemlich unermittelt auf die Gründung der Christlichen Gewerkschaften und die Entstehung des Graphischen Zentralverbandes zu sprechen. Diese Gründung sei notwendig gewesen, da die sogenannten freien Gewerkschaften von Anfang an, sozialdemokratisch eingestellt gewesen seien und dieser Materialismus im Gegensatz zur Christlichen Weltanschauung stünde. Für einen richtigen Christen sei daher kein Platz in den sozialistischen Gewerkschaften. Darum würde der Graphische Zentralverband alles tun, um diejenigen Mitglieder des Buchbinderverbandes, die noch christlich gesinnt sind, herüberzuziehen. Einen „Zitatensatz“ hatte Kumbüßler natürlich auch mitgebracht, von dem er reichlich Gebrauch zu machen suchte. Da fanden sich Zitate aus der Zeitung „Der Deutsche“, die dieses christliche Organ irgendwo und irgendwann aufgeföhrt hatte. Es fand sich ein Zitat aus der „Münchener Post“, es fand sich sogar ein Gedicht aus einem Liederbuch, das der österreichische Verein der Kinderfreunde die Kinder singen läßt: „Wer schafft das Gold zu Tage, wer hämmert Erz und Stein usw.“ Auch die „Buchbinder-Zeitung“ ist nicht titelrein. Sie verbricht Weihnachtsgedichte, die jeden echten Christen empören müssen. Das natürlich Böselburgs bekannter Ausspruch: „Partei und Gewerkschaft sind eins“ nicht fehlen würde, verweist sich von selbst. Ein rechter Christ, der es mit seinen Pflichten ernst nimmt, könne und dürfe daher nicht in sozialistischen Buchbinderverband sein und er (Kumbüßler) würde sich durch nichts aufhalten lassen, alle dem Graphischen Zentralverband zuzuföhren.

An diesen von den Mitgliedern des Graphischen Zentralverbandes mit Beifall begrüßten Vortrag schloß sich eine recht erdickende Diskussion. An dieser beteiligten sich von unserer Seite zunächst die Kollegen Flore und Orthuber. Ersterer wies die unantastbare Verträge juristisch, mit solchen Mitteln unsere Mitglieder zu beunruhigen. Einen Kollegen hätte der Graphische Zentralverband ja gewonnen, aber nicht wegen der besonderen Christlichkeit des Kollegen, sondern weil er bei uns mit seinen Resten keine Unterstützung beziehen konnte. Außerdem noch 4 Lehrlinge, von denen aber nicht feststeht, ob das ein dauernder Gewinn ist. Bei der mangelhaften Ausbildung, die den Lehrlingen, namentlich in sogenannten christlichen Firmen, zuteil wird, sei es nicht ausgeschlossen, daß sie nach beendeter Lehrzeit keine Stelle finden und den Beruf wechseln. Darum hat sich unsere Zahlstelle auch um die Erziehung einer Fachklasse bemüht, und sie zählt allen ihren Lehrlingen das Schulgeld.

Orthuber schiederte dann die verschiedenen Lohnbewegungen, namentlich bei der Firma Kamp, und zeigte, was durch die Bemühungen des Verbandes und der Mitglieder, namentlich den weiblichen, als Lohnnachzahlung herausgeholt wurde. Darum wissen die Mitglieder auch, was sie am Verband haben und lassen sich nicht weglocken. Groenhoff ging dann in großzügiger Weise auf das Referat Kumbüßlers ein und stellte die verschiedenen schiefen Darstellungen desselben richtig. Er wies nach, daß das Sozialistengesetz angeblich geschaffen wurde zur Bekämpfung der sogenannten „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, daß es in Wirklichkeit aber dazu diene, die Gewerkschaften zu zertrennen und den Weg freizumachen für den großen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes, den Bismarck damals durch Einteilung der sogenannten Schutzpolizei eröffnete. Nachdem die Arbeitererschaft wehrlos gemacht war durch Zerstörung ihrer Verbände, mußten sie die Vertierung der Lebenshaltung hinnehmen, ohne zunächst durch Erhöhung höherer Löhne einen Ausgleich schaffen zu können. Was den Materialismus betrifft, so habe Kumbüßler gewiß mal was von Dr. Karl Marx und seiner Lehre von der materialistischen Geschichtsauffassung vernommen. Dr. Karl Marx sei aber nicht zu verwechseln mit Dr. Wilhelm Marx, dem Ambußier attestierte, daß die Herren von der Reichsregierung sich selbst außerordentlich hohe Zuwendungen bei der Gehaltsregulierung gemacht haben, daß aber für die

Kriegs- und Arbeitslosen kein Geld da sei. Einen Materialismus solcher Art habe Karl Marx nicht gelehrt. Groenhoff gab dann in großen Umrißen ein Bild von der materialistischen Geschichtsauffassung, nach der nicht einzelne „große Männer“ die Geschichte machen. Die Grundfrage alles Geschehens ist vielmehr die jeweilige Art der Gütererzeugung und Verteilung. Diese hat sich im Laufe von Jahrtausenden stets gewandelt, von der ursprünglichen Gütergemeinschaft der in Wildnis und Barbarei lebenden Stämme über die Sklavenwirtschaft in den alten Staaten zur Feudal- und Hörigenwirtschaft und zum Zustand des Mittelalters bis zur kapitalistischen Produktion der Neuzeit. Auch diese ist in ständiger Umwälzung begriffen. Groenhoff schildert dann die neuere Entwicklung. Die Einzelunternehmer werden immer mehr ausgeschaltet, an ihrer Stelle treten Aktiengesellschaften, Ringe, Trusts, Konzerne, die die Initiative des einzelnen Unternehmers immer mehr ausschalten. Dieses führt zur Planwirtschaft, allerdings zunächst zugunsten einiger großer Geschäftsfürsten. Damit aber wird der Boden vorbereitet für eine Planwirtschaft und Bedarfswirtschaft der Gesamtheit und das ist dann Sozialismus. Das ist in ganz groben und großen Zügen die Entwicklung, wie sie der materialistischen Geschichtsauffassung zugrunde liegt. Sie hat mit den sogenannten Weltanschauungsfragen, wie sie den religiösen und philosophischen Systemen zugrunde liegen, nicht das mindeste zu tun, ist vielmehr eine rein wirtschaftliche Angelegenheit und darum kann auch ein Christ ein Sozialist sein, wie es durch viele Beispiele erwiesen ist. Die Gewerkschaften aber sind unabhängige wirtschaftliche Organisationen und müssen dieses sein und bleiben, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen. Darum nennen wir uns freie Gewerkschaften und es ist vor allen Dingen das Erbe des großen Gewerkschaftsführers Legien gewesen, der diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften stets herausgehoben hat. Das hindert natürlich nicht, daß die einzelnen Gewerkschaftsführer Mitglieder der SPD sind und auch dort ihren Namen stehen und Einfluss haben. Politik und Wirtschaft hängen eng zusammen. Auch die Führer der christlichen Gewerkschaften spielen in den politischen Parteien eine Rolle, vor allem in der Zentrums-Partei, da diese stark von Arbeitern durchsetzt ist.

Die christlichen Gewerkschaften waren ursprünglich als Zentrums-Gewerkschaften gedacht, ähnlich wie die H.-D.-Gewerkschaften zunächst als Anhänger der Fortschrittspartei galten. Später haben sich die christlichen Gewerkschaften dann ein paritätisches oder interkonfessionelles Mäntelchen umgehängt, um ihre politische Abhängigkeit zu verschleiern. Wir freien Gewerkschaften lassen jeden „seiner Faßon“ fertig werden. Wir fragen niemanden nach seiner politischen noch religiösen Überzeugung. Selbst der große deutsche Sozialist und Führer Bebel hat in Wort und Schrift den Grundsatz vertreten, daß die Gewerkschaften neutral sein müssen. Er begründete das damit, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nur dann erfüllen können, wenn sie möglichst alle oder wenigstens den größten Teil der Berufsangehörigen umfassen. Bei den hunderterten Ansichten, die aber die Menschen über diese und jene Frage haben, könnten die Gewerkschaften nicht auch noch mit politischen und religiösen Fragen belastet werden. Diese Ansicht ist durch die Vorkommnisse der letzten Jahre die schwereren Kämpfe mit den Kommunisten zu verweisen, die die Gewerkschaften in ihren Dienst zwingen wollten. Schon Anfang der sechziger Jahre hat der damalige sozialdemokratische Abgeordnete Hasselmann von Rarnen-Ebersfeld mit gut katholischen Bergarbeiterführern zusammen in Bochum einen neutralen Bergarbeiterverband gegründet. Dieser wurde jedoch von den Zentrumskaplänen wieder auseinander organisiert, zum Nutzen des Zentrums und zum Schaden der Bergarbeiter.

Groenhoff ging dann noch auf das „erschreckliche“ Lied: „Wer schafft das Gold zu Tage usw.“ ein. Dieses Lied gibt in knapper dichterischer Form den tatsächlichen Verhältnissen Worte. Nicht die Aktienbesitzer und Börsianer, sondern die Arbeiter in Hütten und Gruben, auf Feldern und in Mühlen, in Werkstätten und Kontoren schaffen alle Werte. Groenhoff gab dann ein Zitat eines Geistlichen aus der „Reichszeitung“, dem Bonner Zentrumsorgan, der seine Einbrüche über das trostlose Leben der Arbeiter im Industriegebiet schildert, in ähnlicher Weise, wie es in dichterischer Form das Lied tut.

Die christlichen Gewerkschaften sind gar nicht notwendig. Jeder Christ kann ruhig den freien Gewerkschaften angehören. Ja, er könne auch ruhig Sozialist sein, umschaltet seiner christlichen Weltanschauung. Es sei sogar möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß das Zentrum und die katholische Kirche sich dem, maleinst mit der sozialistischen Wirtschaft abfindet, ebensogut, wie sie sich mit der Republik abfindet. Zum Schluß sagte Groenhoff: Kollegen, ihr seid Fleisch von unserm Fleisch und steht uns als Arbeiter

näher, wie allen anderen Gesellschaftsklassen. Darum kann man auch der Hoffnung Raum geben, daß der-einst doch eine Vereinigung zustande kommt. (Beifall.)

Die weitergehende Diskussion ergab nichts Wesentliches mehr, nur daß einer der Mitglieder des Graphischen Zentralverbandes sich als Gossif bekannte, der nur seinen Vorteil wahrnehmen will und dazu auch die anderen Kollegen zur Organisation führen will. Also auch ein „Materialist“.

Im Schlußwort machte sich Kumbüßler die Sache ziemlich leicht. Er wiederholte, was er im Referat bereits gesagt hatte, daß ihn nichts veranlassen könnte, von dem Bestreben abzulassen, alle christlich gerichteten Kollegen und Kolleginnen aus dem Buchbinderverband seiner Organisation zuzuföhren. Bemerkenswert war vielleicht noch, daß er sagte, die christlichen Arbeiter seien Anhänger des Bürgerlums. Es sei nur bedauerlich, daß es leider auch christliche Firmen gebe, die unrecht handeln. Aber auch unter den Sozialisten gebe es Ausbeuter. Als Beweis wollte er das „Ruhr-Ghō“ anführen, jenes kommunistische Organ, das im vorigen Jahre einen Konflikt mit den Buchdruckern wegen der Löhne hatte. Ein prominenter Führer der sozialistischen Arbeiter habe ja den Satz geprägt: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späßen“. Damit sei das wahre Gesicht der roten Gewerkschaften gezeichnet. Durch Zurück wurde richtig gestellt, daß dieses eine Strophe aus Heines Wintermärchen ist und nicht von irgendeinem „Führer“ stammt. Es wurde dann noch der Satz geprägt, vom getrennten marschieren und vereinigen schlagen, aber nochmals verifiziert, daß alle christlich gesinnten Leute auch in den christlichen Verband gehören.

Unsere Bochumer Kollegen werden schon dafür zu sorgen wissen, daß diese Zersplitterungsversuche nicht großen Schaden anrichten.

**Dresden.** Unsere Jahresgeneralversammlung, die am 24. Januar stattfand, hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung sowie ein interessanter Lichtbildvortrag scheinen bei einem großen Teil der sonst säumigen Versammlungsbesucher etwas Interesse für die Versammlung erweckt zu haben. Der Lichtbildvortrag des Genossen Jungnickel über: „Die Bedeutung Hamburgs als Welthafenstadt“ brachte eine Fülle höchst interessanter Aufnahmen dieser Stadt und seiner riesengroßen Hafenanlagen. In erklärenden Ausführungen zu diesen Bildern wies der Vortragende zunächst auf die Wichtigkeit einer aktiven Handelsbilanz hin. Er behandelte weiter die Entwicklung des deutschen Außenhandels in der Vor- und Nachkriegszeit. Herrliche Bildaufnahmen bezuogen, welche hervorragende Entwicklung gerade Hamburg als Handelsstadt gemacht hat. Redner wies am Schluß seines Vortrages noch darauf hin, daß neben der wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs auch eine gesunde ideelle Entwicklung der Hamburger Arbeiterschaft zu verzeichnen ist. Die in letzter Zeit getätigten Wahlen geben hierfür glänzende Beispiele. Mit dem Wunsche, daß auch unsere Mitglieder bei den kommenden Wahlen dieselbe politische Reife zeigen möchten, schloß Redner unter lebhaft dankendem Beifall seinen Vortrag.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehend, behandelt hierauf Kollege Scheibe unseren Jahresbericht über das verfloßene Jahr. In üblicher Weise ehrte man zunächst die im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Eddy Pöschel, Emmy Habmann, Olga Zimmermann, Otto Löbel, Eduard Frank, Waldemar Halbach, Willy Schulze und Oswald Römer. Von äußerst umfangreicher Tätigkeit zeugt der hierauf vom Kollegen Scheibe gegebene Geschäftsbericht. Die Renausküsse und Verlängerungen unserer Reichstafel, Verhandlungen und Schlichtungsinstanzen, Vertretungen beim Arbeitsgericht, Besuchen bei der Gewerbeaufsicht, Mitglieder-, Branchen- und Betriebsversammlungen und vieles andere mehr brachte eine äußerst anstrengende Arbeit. Die Schulung und Bildung unserer Betriebsräte ist durch die der Volkshochschule angegliederte Betriebsräteschule gesichert. Weitere Bildungsmöglichkeiten sind durch Kurse an der technischen Hochschule gegeben. Der zurzeit an dieser Schule laufende Kursus, über psychotechnische Berufsprüfung wird ebenfalls von mehreren Kollegen besucht. Für unsere, der freien Gewerkschaftsjugend zugewiesenen Jugendlichen und Lehrlinge besteht ebenfalls die Gewähr einer hervorragenden kulturellen Weiterbildung. Am Schluß des Tätigkeitsberichtes widmete Kollege Scheibe im Namen der Zahlstelle dem aus seinem Amt scheidenden Kollegen Lange herzliche Dankesworte für seine 22jährige Tätigkeit als Bevollmächtigter unserer Zahlstelle. Braufender Beifall aus der Versammlung pflanzte diesen Dankesworten bei. Kollege Pöschel wünscht im Namen der Mitglieder dem Kollegen Lange noch einen recht gefunden und freudigen Lebensabend.

Der Kassenbericht, den hierauf Kollege Kohl zum Vortrag brachte, zeigte eine ganz erfreuliche finan-

zielle Aufwärtsentwicklung im vergangenen Jahr. Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandstasse bilanzieren mit rund 155 000 Mk. Eingelandt an die Verbandstasse konnten 91 000 Mk. werden. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im vergangenen Jahr 17 000 Mk. ausgegeben. Es sind dies erfreulicherweise nur rund 50 Proz. der 1926 für diese Unterstützung benötigten Summe. Für Krankenunterstützung wurden 14 000 Mk. ausgegeben. Als augenfällige Erscheinung ist hierbei zu verzeichnen, daß an Krankenunterstützung allein im 4. Quartal 1927 über 2000 Mk. mehr ausgegeben werden mußten, wie im gleichen Quartal 1926. Ob wir es hier schon mit den unheilvollen Auswirkungen des wahnwitzigen Arbeitstempo, wie dieses durch das Laufband bedingt wird, zu tun haben, wird genau nachgeprüft werden müssen. Der Lokalfassenbestand beträgt rund 19 000 Mk. Außerdem sind noch Vermögensbestände von ungefähr 9000 Mk. vorhanden. Die Kampffondsmarken werden leider von einem Teil der Mitglieder als überflüssig betrachtet. Immer wieder muß es Aufgabe unserer Betriebsstärker sein, die Säumnigen auf das Verhängnisvolle ihrer Handlung hinzuweisen.

In der folgenden Diskussion zieht zunächst Kollegin Zimmer Vergleiche zwischen unseren Löhnen von 1926 und 1927. Sie kommt hierbei zu dem Schluß, daß, wenn nachweisbar durch die Rationalisierung eine Produktionssteigerung von ungefähr 50 Proz. eingetreten ist, dann auch eine Lohnsteigerung von 50 Proz. gerechtfertigt wäre. Sie kritisiert weiter scharf, daß die Buchbinderbranche für ihre Jahresversammlung einen ganz ungezügelmäßigen Vortrag gewählt habe. Auch findet sie das Abhalten von Mastenbällen und ähnlichen Vergnügungen einer Gewerkschaft unwürdig. Die Kollegen Lange, Ziehe, Hofmann und Kollegin Seibt gaben der Kollegin Zimmer die gebührende Antwort.

Zu den Wahlen der Vertreter in die Ortsverwaltung wünschte Kollege Schulze nur solchen Mitgliedern die Stimme zu geben, die durch jahrelange Gewerkschaftsarbeit bewiesen haben, daß sie auch fähig sind, ein solches Amt zu betreiben. In Beispielen weist er auf die Haltung der Kommunisten in politischen sowie auch gewerkschaftlichen Fragen hin. Er bittet, die ebenfalls zur Wahl vorgeschlagene Kollegin Zimmer auf dem Stimmzettel zu streichen. Mit großer Mehrheit wurden hierauf die Kolleginnen Fischer und Lescher, sowie die Kollegen Bernhardt, Haler, Kästner, Wittsche, Müller, Quans, Reich, Souta, Zabel und Ziehe als Verwaltungskomitee gewählt. Einmütig als Revisoren wählte man die Kollegen Herzog, Hofmann und Sommerhuk. Den streifenden Metallarbeitern Mitteldeutschlands wird warmste Sympathie und weitestgehende Unterstützung ausgesprochen. Kollege Richter ersucht, in allen örtlich erscheinenden Druckschriften unserer Zahlstelle immer und immer wieder den Genossenschaftsgedanken zu propagieren. Kollege Raime wünscht noch, daß von unserer Zahlstelle eine Statistik durchgeführt wird, um festzustellen, wer Leser der Arbeiterpresse ist.

**Halle.** Am Sonnabend, dem 21. Januar, fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Es war ein arbeitsreiches Jahr, das wir hinter uns haben. Der Ortsverwaltung ist es, unterstützt von einer Anzahl tatkräftiger Kollegen und Kolleginnen, gelungen, den Mitgliederbestand im Laufe des Jahres zu verdoppeln. Wir können jetzt annähernd 400 Mitglieder am Ort zählen. Im letzten Quartal haben wir allein 66 Aufnahmen zu verzeichnen. Wir hoffen auch, in diesem Jahre weitere Erfolge zu erzielen. Denn ein großes Arbeitsfeld ist noch vorhanden. Es sind eine Anzahl Betriebe am Orte, in denen es nur mit den größten Schwierigkeiten gelingen wird, Fuß zu fassen. Auch die Verhaltungsabteilung, finanziell bisher unter Schmerzenskind, befindet sich auf dem besten Wege der Entwicklung. 27 Mitglieder können wir hier verzeichnen, und zwei Kollegen bemühen sich mit Fleiß, für weitere Ausbildung und Aufklärung besorgt zu sein. Die Neuwahl der Ortsverwaltung verlief schnell und schmerzlos. Unter dem Beifall der Versammlung wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Die Ehre, weiter für unseren Verband tätig zu sein, wurde vom Vorstand dankend quittiert. Dann wurde beschlossen, am 10. März unser 41. Stiftungsfest abzuhalten, das agitatorisch ausgenutzt werden soll.

Eine rege Debatte entfaltete der im hiesigen Bezirk sich abspielende Metallarbeiterstreik. Den Metallarbeitern wurde unsere volle Sympathie ausgesprochen und beschlossen, Sammelstellen zu artikulieren zu lassen. Eine sofort vorgenommene Sammlung brachte den Betrag von 14,05 Mk. Die Firma Warnede hat in letzter Zeit eine Anzahl jugendlicher Mädchen entlassen, da diese die Berufsschule besuchen müssen. Von einer Anzahl anderer Betriebe ist bekannt, daß die betreffenden Mädchen die ausfallende Zeit nicht bezahlt bekommen. Kollege Hahndorf erklärte hierauf, daß ein Urteil vom Leipziger Landgericht vorliege, nach dem der Lohnausfall bezahlt werden muß. Es sollen entsprechende Feststellungen gemacht und gleichfalls soll Klage angestrengt werden.

Um die Quartalsabrechnungen pünktlicher vorzunehmen, wurde ersucht, die Mitgliedskarten und -bücher jeweils schnell und reiflich abzuliefern. Die Versammlung war sehr gut besucht; sie erreichte um 10 Uhr ihr Ende. Ein gefelliges Beisammensein hielt die Mitglieder noch längere Zeit beisammen.

**Burzen.** Die Inhaber einer Burzener Kartonagenfabrik versuchten wieder einmal, einen Lohnabbau vorzunehmen wie vor zwei Jahren. Diesem Abbau konnte der Betriebsrat nicht zustimmen, da die Löhne schon demmaßen gekürzt sind, daß ein weiterer Abbau ausgeschlossen ist. In einer Betriebsversammlung, in der die Belegschaft entscheiden sollte, legte der Inhaber die Gründe für den Abbau nochmals dar. Einen Vorschlag, nach dem der tarifliche Stundenlohn plus 10 Proz. garantiert werden soll, lehnte die Firma ab. Die Versammlung lehnte ihrerseits den geforderten Lohnabbau ab. Die Direktrice der Firma hätte auch gern ein Wort für den Abbau gesprochen, sie wurde jedoch daran verhindert. Wie würde es wohl sein, wenn ihr ein Mann der Lohn gekürzt würde? Da würde sie gewiß nicht so gleichgültig bleiben, denn er muß sein Brot auch durch seiner Hände Arbeit verdienen. Unsere Kollegen und Kolleginnen in dem Betrieb müssen fest zur Organisation und zu ihren Betriebsräten stehen, dann wird kein Unternehmer wieder wagen, mit der Forderung auf Lohnabbau zu kommen. Dringend zu raten ist unseren Mitgliedern, sich nicht von den Vorgesetzten aushorchen zu lassen.

Inhaltsverzeichnis.

- Gläserne Tischen! Lehren aus der amerikanischen Antitrustgesetzgebung.
- Entscheidungen zu unseren Reichstattsverträgen: Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe („Apf“-Vertrag).
- Arbeitsmarkt, Konjunktur und Preisentwicklung.
- Die Karneval- und Festartikeldindustrie.
- Wanderausstellung handwerklicher Bucheinbände.
- Die Waffen scharf!
- Internationales: Vom Internationalen Gewerkschaftsbund.
- Die Staatsbibliothek in Wien. (Schluß.)
- Unsere Jugend: Neues Jugendlied (Gebicht). — Die große Frage! Ist der Lehrovertrag ein Arbeitsvertrag oder ein Erziehungsvertrag? — Kostgeld der Lehrlinge im Gau Thüringen. — Jugendarbeit in Neutlingen. — Ausstellung von Lehrhilfsarbeiten in Münden. — Aus der Schulbank ins Erwerbsleben. — Freiheits- und Arbeiterliederbuch.

Berichte: Bochum. — Dresden. — Halle. — Würzen. Sterbetafel.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Lokaltätträge. — Arbeitslosenstatistik. — Auszahlung von Reiseunterstützung. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Sterbetafel.

Im Monat Januar sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

- Berlin: Berta Buchholz, Buchbinderarbeiterin, 32 Jahre, Grippe.
- Gustav Ruit, Buchbinder, 64 Jahre, Gehirnerkrankung.
- Margarete Liegmann, Kartonagenarbeiterin, 22 Jahre, Blinddarmentzündung.
- Berta Haberstroh, Kartonagenarbeiterin, 53 Jahre, Herzschlag.
- Herbert Kohlrey, Buchbinderlehrling, 19 Jahre (Todesursache?).
- Emma Riebe, Buchbinderarbeiterin, 71 Jahre, Zuckerkrankheit.

Dresden: Martha Partsch, Kartonagenarbeiterin, 39 Jahre, Lungenerkrankung.

— Oswald Römer, Kartonagen-Zuschneider, 59 Jahre, Herzschlag.

Franfurt a. M. - Offenbach: Lina Bilinski, Kartonagenarbeiterin, 17 Jahre, Tuberkulose.

Hannover: August Barling, Umierer, 58 Jahre, Benenentzündung.

Hirschberg: Emma Schmidt, Papierwarenarbeiterin, Herzschwäche.

Köln am Rhein: Fritz Heidland, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag.

Magdeburg: Paul Wallber, Buchbinder, 38 Jahre, chronisches Nierenleiden.

Rathenow: Anna Waltersdorf, Glaserarbeiterin, 41 Jahre, Herzleiden.

Rüftingen-Wilhelmsaven: Aug. Ahlers, Buchbinder, 67 Jahre, Altersschwäche.

Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokaltätträge sind in folgenden Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in

Beitragsstufe	I	II	III	IV	V
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
Kassel . . .	5	15	15	30	30
Weißenfels . .	5	10	10	15	15

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sowie Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben fehlen noch von einigen Zahlstellen. Wir bitten daher um postwendende Einsendung der Karten.

3. Auszahlung von Reiseunterstützung. Mehrfache Anfragen veranlassen uns, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Reiseunterstützung nur in Zahlstellen des Verbandes ausgezahlt wird. In solchen Orten, in denen nur Vertrauensleute eingesetzt sind, kann Reiseunterstützung nicht ergehen werden.

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1927 gingen weiter bis zum 31. Januar bei der Verbandstasse ein von: Stettin 1900,— Mk., = Gau Schleßen (ganzer Gau) 800,— Mk., = Gau Hannover 1000,— Mk., Bielefeld 7400,— Mk., = Bochum 550,— Mk., Duisburg-Ruhrort 350,— Mk., Essen 1509,90 Mk., Gelsenkirchen 150,— Mk., Hagen 400,55 Mk., = Wiesdorf 220,— Mk., = Gau Heßen und Pfalz — Mk., Eberstadt 640,— Mk., Frankfurt a. M. - Offenbach 10 000 Mk., Grünstadt 600,— Mk., Heidelberg 241,18 Mk., Mainz 700,— Mk., Saarbrücken 477,— Mk., = Gera 820,— Mk., Ruhl 130,— Mk., Tennstedt 53,85 Mk., Weißenfels 300,— Mk., Zeitz 150,— Mk., = Burgstädt 532,90 Mk., Grimnitzschau 1150,— Mk., Dresden 28 349,70 Mk., Großenhain 200,— Mk., Limbach 500,— Mk., Plauen 2000,— Mk., Selbhemmersdorf 1250,— Mk., = Vahr 3000,— Mk.,

Biorzheim 1150,— Mk., = Schweinfurt 75,— Mk., Würzburg 1100,— Mk., = Augsburg 800,— Mk., Kaufbeuren 120 Mk.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.

Hagen: B.: H. Simons, Mauerstr. 56.

K.: U. Weiland, Schildstr. 8.

Brieg (Bez. Breslau): B.: W. Schöner, Fischerstraße 22 11.

K.: E. Pollack, Riedelstr. 15.

Düren: B.: R. Henjeler, Van-De-Giele-Str. 20.

K.: W. Kempen, Bergstr. 10.

Köln: B.: P. Eikmann, Köln-Nippes, Werheimer Straße 63.

K.: D. Dechant, Follerstr. 11 III.

Verbandsbureau: Volkshaus, Severinstr. 199 III,

Zimmer 23 a. Geöffnet Dienstag, Mittwoch und Freitag 5—7 Uhr.

Krefeld: B.: H. Heinrichs, Neuser Str. 27.

K.: E. Lehmann, Surather Str. 95.

Lauban: B.: E. Schulz, Vorwerkstr., Krankentassenverwaltungsgebäude II.

K.: J. Bühler, Kerzdorf bei Lauban, Marktlaafer Chaussee 11 I.

Schweinfurt: B. u. K.: J. Kachelmann, Suttlerstraße 10 I I.

Weißenfels a. d. Saale: B.: R. Hoyer, Leopold-Cellstraße 22 II.

K.: R. Emmrich, Weinbergstr. 18 II r.

Auszahlung: Wochentags 6—7 Uhr.

Würzen: B.: R. Hanns, Wettinerstr. 17 III.

K.: R. Biebrich, Verbandsbureau der Buchbinder, Fischerstr. 20 II (Turnhalle).

Der Verbandsvorstand.